

# Auf Draht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!

Herausgeber: DKP München und Gruppe KAZ

16. Juni 2019

<b>MAN:</b> Wird bei der MAN zu wenig gearbeitet? .....	2
<b>IG Metall:</b> Keine 35 im Osten – „Tarifvertrag Zukunft“ vorerst gescheitert .....	2
<b>Migration:</b> Bundestag und Bundesrat beschließen ein „Hau-ab“-Gesetz.....	5
<b>Umwelt:</b> Kann grüne Verkehrspolitik die Zukunft sein? .....	7



2.400 Euro brutto verdient ein neu eingestellter Trambahnfahrer in München. Das sind 500 Euro weniger wie Kolleginnen und Kollegen z.B. in Augsburg und Bamberg oder ein schon länger angestellter Fahrer bei den Stadtwerken in München mit altem Tarifvertrag verdienen. 1.500 Euro zahlt er Miete, ein Zweitjob ist unumgänglich für ihn. „Ich fühle mich wie ein Fahrer zweiter Klasse, weil ich weniger verdiene“, erklärte der 31-jährige Reiner Baumgartner gegenüber dem Münchner Merkur. „200 Euro mehr Lohn würde schon helfen“, meint er – und beteiligte sich am Warnstreik. Ein Ergebnis gibt es bisher nicht, die nächste Runde der Verhandlungen ist für den 19. Juli angesetzt.

## Siemens stößt Energiesparte ab

Der Bereich Gas & Power wird an die Börse gebracht. Dabei fallen 2.700 Arbeitsplätze weg, die Hälfte davon in Deutschland. Hauptsächlich betroffen ist das Nürnberger Trafowerk.

Der Kapitalist hat die Freiheit, seine Produktionsmittel zu verkaufen, der Arbeiter hat die Freiheit, seine Arbeitskraft zu verkaufen. Im Fall Siemens hat der Kollege, der uns im Namen der IG Metall im Aufsichtsrat der Siemens AG vertritt, Jürgen Kerner, der Abspaltung grünes Licht gegeben. Die Arbeiter sind frei zu sehen, wo sie bleiben.

Die Begründungen der Siemens-Geschäftsleitung wie der IG Metall-Führung

sind die gleichen wie bei den vergangenen Siemens-Abspaltungen: Diese Geschäftsfelder hätten bessere Aussichten mit anderen Aktionären, das sei auch besser für die Kollegen. Da werden die Kollegen bei G&P dem Kerner kritische Fragen stellen müssen. Was ist mit den Kollegen passiert, die abgespalten wurden, wie bei BenQ, Nokia, Infineon, Osram usw.?

Immer wieder hat die IG Metall dem Siemens-Management „Phantasielosigkeit“

vorgeworfen. Ihre Vertreter im Aufsichtsrat sollten selbst mal Phantasie entwickeln. Statt sich dem Profitstreben der Anteilseigner zu unterwerfen, sollten sie es mal krachen lassen und gegen solche arbeiterfeindlichen Beschlüsse stimmen. Auch die Kollegin Steinborn, Stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats und Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats, ist da gemeint, die ebenso brav zugestimmt hat. ■ *krrn*

## Kurz & bündig

Den Kolleginnen und Kollegen bei **Osram**, der ehemaligen Siemens-Tochter, stehen vermutlich schwere Zeiten bevor. Gewinn und Umsatz sind stark rückläufig. Am 4. Juli 2019 stimmten Vorstand und Aufsichtsrat einer Übernahme durch die Finanzinvestoren Bain Capital und Carlyle in Höhe von rund 3,4 Milliarden US-Dollar zu. Der Übernahme muss bis Ende September 2019 von 70 Prozent der Eigentümer der Osram-Anteile zugestimmt werden. Auch die Gewerkschaftsvertreter im Aufsichtsrat stimmten zu. Gleichwohl schwang ihnen nun wohl Schlimmes: Der Unternehmensbeauftragte der IG Metall, Klaus Abel erklärte, dass sich die IG Metall zwar nicht gegen die Übernahme wehre, aber von den neuen Eigentümern und dem Vorstand erwarte, „dass sie die getroffenen Verabredungen für einen Zukunftsdialo g zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der Arbeitsplätze einhalten.“

Anfang des Jahres wurden **Kaufhof** und **Karstadt** unter dem Dach des Investors Signa-Holding fusioniert. Dass eine Bereini gung der Verkaufsflächen nach kapitalistischer Logik erfolgen wird, zeigt sich anschaulich zwischen Hauptbahnhof und Stachus. Kaum anzunehmen, dass beide Läden bleiben. Zunächst sind jedoch die Logistikbereiche dran. Vor wenigen Tagen wurde bekannt, dass 1.100 Arbeitsplätze zur Disposition stehen. Verdi ruft die Kolleginnen und Kollegen, neben nützlichen Tipps zum konkreten Verhalten bei Personalgesprächen, auf: „Macht mit, organisiert euch und werdet Mitglied bei Verdi.“

Verluste in dreistelliger Millionenhöhe besche ren **BMW** einen neuen Vorstandsvorsitzen den. „Bei BMW wird Vorstandschef Harald Krüger abserviert – bevor er die Altersgrenze von 60 erreicht. Das ist eigentlich untypisch für den sonst so netten Münchner Autobauer. Setzt sich der Kulturwandel bei der Wahl des Nachfolgers fort? (...) Rau ging es immer schon zu in der Autoindustrie, doch der Umbruch, in dem die gesamte Branche durch den technologischen Wandel hin zur Elektromobilität steckt, erhöht noch einmal den Druck. Die Zeit der Nettigkeiten, so scheint es, ist endgültig vorbei“, meldet *Die Welt* am 7. Juli online. Die Kolleginnen und Kollegen sollten sich auf jeden Fall auch darauf einstellen.

Der vom Vorstand der **Deutschen Bank** beschlossene Kurswechsel wird 18.000 von 91.000 Kolleginnen und Kollegen den Job nehmen. Drei aus dem Vorstand mussten bereits gehen: Der Investmentbankchef und Konzernvize Garth Ritchie, Privatkundenchef Frank Strauß und Regulierungsvorstand Sylvie Matherat. Ihre Abfindung soll laut *Handelsblatt* bei zusammen 26 Millionen Euro liegen. Geld ist also da, Kolleginnen und Kollegen. ■RW

## Wird bei MAN zu wenig gearbeitet?

MAN-Betriebsrat konnte Forderung des Kapitals nach einer unbezahlten Mehrarbeit von einer Stunde pro Woche abwehren!

**T**raton zuckelt an die Börse. Der VW-Konzern hat nun die neue Nutzfahrzeug-AG aufs Parkett gebracht, wie das so heißt. Traton besteht aus den MAN-Nutzfahrzeugen, VW-Nutzfahrzeugen (Brasilien) und Scania. 1,5 Mrd. Euro flossen in die Kassen, 400 Mio. weniger als erwartet. (Focus Online, 28. Juni 2019) Es war ein Probelauf, ursprünglich wollte VW mehr Aktien anbieten. Ein VW-Sprecher dazu: „Man hält den Börsengang zunächst klein, weil die Bewertung nicht da ist, wo man sie erhofft hat.“ (Süddeutsche Zeitung, 15. Juni 2019) Am ersten Handelstag, am 27. Juni, ließ die Traton-Aktie bereits nach.

Kollegen bei MAN, bei VW Brasilien und in Schweden, VW hat eure Haut zum Markt getragen! Eure Muskeln, Nerven und Hirne. Das frische Kapital wird angelegt in der Erwartung von noch mehr

Profit. Der miese Börsenaufakt zeigt, dass eure Arbeitskraft als zu teuer bewertet wurde: ihr habt zu langsam gearbeitet, zu wenig gehirnt, euer Lohn ist zu hoch. Die Aktionäre, die mit euren Knochen spekulieren, erwarten, dass sich das nun ändert.

In den Büroetagen erfolgt nun die Zeiterfassung nahe am Arbeitsplatz. Einkaufen für die Brotzeit oder Rauchen – alles, was nicht mit der Arbeit zu tun hat, wird nun abgezogen. Das freut die Traton-Investoren.

Da ist es gut, dass der MAN-Betriebsrat eine unbezahlte Mehrarbeit von einer Stunde pro Woche abwehren konnte!

■krr

## Keine 35-Stunden-Woche im Osten

Der von der IG Metall vorgeschlagene „Tarifvertrag Zukunft“ ist vorerst gescheitert. Es gibt keine 35-Stunden-Woche bis 2030.

**N**ach diesem IGM-Vorschlag würde in der Metall- und Elektroindustrie Ost die wöchentliche Arbeitszeit von 38 Stunden in den nächsten 10 Jahren „schrittweise“ auf 35 abgesenkt. Angeführt vom Kapitalverband Gesamtmetall haben die Ost-Kapitalverbände das „Flexi-Modell“ von IGM-Vorstand und Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Sachsen auch nach dem 6. Verhandlungstermin am 21. Juni 2019 abgelehnt. Stattdessen versucht das Kapital, die IGM-Führung mit folgenden Forderungen unter Druck zu setzen und weich zu kochen: Die Arbeitszeit soll nun nicht mehr im Tarifvertrag, sondern im Betrieb geregelt werden. 35 Stunden in der Woche sind danach nur noch über die Zustimmung des einzelnen Kapitalisten bei gleichzeitiger „Kostenkompensation“ möglich. Das heißt, wer Arbeitszeitverkürzung will, soll dafür jede Minute selbst bezahlen.

Zu diesem „Zukunftspaket“ hat IGM-Bezirksleiter Höbel u.a. erklärt: „Das stellt das Tarifvertragssystem insgesamt in Frage: die Bezahlung von Schichtpausen, Zuschlägen und Freistellungstagen. All das wollen die Arbeitgeber im Osten abschaffen und den Samstag als Regelarbeitstag einführen...“ Und im entsprechenden IGM-Presse-Info vom 24. Juni 2019 stellt IGM-Vorsitzender

Hofmann fest: „Gesamtmetall sollte sich angesichts des Zulaufs der Rechtspopulisten gut überlegen, ob sie Ostdeutschland zum Exerzierfeld ihrer Deregulierungsfantasien machen wollen ...“

Davon sind die Kolleginnen und Kollegen im Osten allerdings jetzt bereits seit 30 Jahren betroffen. Und hierbei geht es nicht um Fantasien, sondern um handfeste Vorstellungen von Kapital und Regierung. Sie haben den Osten seit dieser Zeit zum Exerzierfeld unterschiedlicher Rechte gemacht.

Und das ist nur zu stoppen, wenn wir in Betrieben und Gewerkschaften begreifen, dass die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche und gleicher Rechte im Osten wie im Westen einschließlich der Abwehr der Pläne des Kapitals unsere gemeinsame Sache und Aufgabe ist. Dazu gehört die Mobilisierung der gesamten IG Metall, des DGB und die Einbeziehung der Westbetriebe. Für uns in den Betrieben heißt das, die nächste Tarifrunde vorbereiten zum gemeinsamen Kampf mit der Forderung „35 Stunden in Ost und West!“

■Ludwig Jost



## Arme Milliardäre

Susanne Klatten und Stefan Quandt werden in die Hall of Fame des Manager Magazins aufgenommen, eine „Auszeichnung für hervorragende Leistungen in der deutschen Wirtschaft“, wie es der Wikipedia-autor formuliert, oder wie es das Magazin selbst bewirbt: „Gegen Mutlosigkeit und Mittelmaß.“ Sauber.



Wer die beiden nicht kennt, hier kurz die Vita. Die Quandts sind eine uralte Kapitalistendynastie, begründet vom Textilfabrikanten Emil Quandt. Sohn Günther übernahm die Fabriken und dank bester Beziehungen zu den Repräsentanten des deutschen Staates konnte er sein Firmenkonglomerat auch um Rüstungsgeschäfte erweitern. Konkurrenzunternehmen jüdischer und von der Nazibrut enteigneter Mitbewerber erwarb er für 'n Appel und 'n Ei. Und Arbeitskräfte gab es von den Nazis zur freien Verfügung obendrauf. Geschätzte 50.000 Zwangsarbeiter, davon 15.000 bei BMW, wurden von den Quandts zur Mehrung ihres Vermögens ausgebeutet (Die Zeit, 25. September 2011).

So wuchsen Susanne Klatten und Stefan Quandt in behütetem und wohlhabendem Hause mit besten Voraussetzungen für ein feines und sorgenfreies Leben auf. Entschuldigung, ihr beiden. Ist natürlich vollkommener Quatsch. „Wer würde denn mit uns tauschen wollen“, fragen sie im *Manager Magazin*. 37 Milliarden Euro Vermögen zu schultern ist natürlich beschwerlich, und jeder Euro mehr erhöht die Last. Eine jährliche Dividende von einer Milliarde Euro wegzuschleppen ist

nicht so einfach, denn die Annahme der Leute, „dass fliegt einem irgendwie zu“, stimmt natürlich nicht, sie „arbeiten jeden Tag hart dafür.“

Liebe Frau Klatten, lieber Herr Quandt. Natürlich wollen wir nicht mit Ihnen tauschen. Wir wollen ja keine Diebe werden. Denn nichts anderes ist die Aneignung des durch rund 155.000 Menschen erschaffenen Mehrwerts, Ihren „lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.“ Das mit dem „lieb“ ist natürlich schnell vorbei, wenn sich die Kolleginnen und Kollegen für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten engagieren, gar aus niederen Beweggründen. Schlimm ist „der Neid, ein gerade in Deutschland weit verbreiteter Wesenszug.“ Können wir schon verstehen.

Warum ziehen Sie sich denn nicht einfach zurück, wo doch jeder ihrer Arbeitstage so hart ist? Nehmen Sie sich jeder eine Milliarde mit, da sollte man sich schon noch jeden Tag Hummer und Kaviar leisten können, beim Schubeck und seinesgleich.

Überlassen Sie die Fabriken den Kolleginnen und Kollegen. Die haben das Wissen und Können und könnten die Produktion am Laufen halten – sofern dies sinnvoll ist. Vielleicht nehmen Sie auch

noch ihre Klassenbrüder und -schwestern mit, denen es ja ähnlich schlecht geht wie Ihnen. Wir sind es gewohnt, hart zu arbeiten, aber Ihr Rückzug würde quasi eine gesellschaftliche Win-Win-Situation schaffen.

Als erstes würden wir eine gesamtgesellschaftliche Planung der Produktion angehen, um diesen ressourcenfressenden Konkurrenzkampf zu beenden. Als zweites würden wir die notwendige Arbeitszeit auf jenes Maß reduzieren, welches notwendig ist für einen angemessenen Lebensstandard für alle.

Uns reicht zwar ein Kalbschnitzel. Aber wir brauchen die ganze Welt. ■RW

### Gruppenabende der DKP

Gruppe Nord-West Egelhofer  
17. Juli | 19 Uhr

Gruppe Süd-Ost Olga Benario  
24. Juli | 19 Uhr

Gruppe Nord-West Egelhofer  
31. Juli | 19 Uhr

alle Gruppenabende finden statt im  
KommTreff | Holzapfelstr. 3 | 80339 München

**Besucher herzlich willkommen!**

## Ein „Hau-ab“-Gesetz

Trotz heftiger Proteste von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Flüchtlingsorganisationen wie auch aus den Reihen der SPD beschloss der Bundestag und inzwischen auch der Bundesrat ein ganzes Paket an Gesetzen zur „Migration“, darunter das sogenannte Geordnete-Rückkehr-Gesetz.



Von der Süddeutschen Zeitung gewähltes Bild, um die Intention des Gesetzes zu veranschaulichen.

Was da so hübsch geordnet klingt, ist nichts anderes als eine weitere drastische Entrechtung von Menschen, die hierher geflüchtet sind, um irgendwie leben zu können, die dieser Staat aber nicht hier haben will und deshalb abgeschoben werden sollen.

### Ohne Straftat im Gefängnis – ein Verstoß gegen EU-Recht

So sieht dieses Gesetz z.B. vor, Menschen, auch ganze Familien, die abgeschoben werden sollen, wie Kriminelle in normale Haftanstalten zusammen mit ganz normalen Straftätern einzusperren. Bis zu 18 Monate soll diese „Sicherungshaft“ andauern können. Das verstößt gegen EU-Recht, doch das stört offensichtlich weder das CSU-geführte Innenministerium, das dieses Gesetz verbrochen hat, noch die Mehrheit im Bundestag.

Wer nun glaubt, dass dies nur einzelne betrifft, irrt. Denn es kann jeden treffen, bei dem eine „Fluchtgefahr“ vermutet wird. Für eine solche Vermutung reicht es schon, wenn der Betreffende mal unentschuldig einen Termin versäumt. Oder aber, wenn die Flucht hierher für den Asylsuchenden mit „erheblichen Geldbeträgen“ verbunden war, was auf fast alle zutrifft. Denn, so die Vermutung, wer viel Geld ausgehen musste, um hierher zu kommen, will auch hier bleiben und sich deshalb einer Abschiebung entziehen. Dies eröffnet den Ausländerbehörden die Möglichkeit, Abschiebehaft zum Normalfall werden zu

lassen, wie die Kritiker dieses Gesetzes mit Recht feststellen.

### Androhung von Hunger und Obdachlosigkeit

Wer bereits in einem anderen EU-Staat als schutzbedürftig anerkannt worden ist, aber hier lebt, dem sollen für eine Übergangsfrist von 14 Tagen die Sozialleistungen gekürzt und nach Verstreichen dieser Frist ganz gestrichen werden. So sollen durch Hunger und drohende Obdachlosigkeit Flüchtlinge zur Rückkehr auch in EU-Länder gezwungen werden, in denen die Bedingungen für geflüchtete Menschen so menschenunwürdig sind, dass bisher Gerichte oft eine Abschiebung dorthin verhindert haben. Schon 2012 hatte das Bundesverfassungsgericht die Kürzung von Sozialleistungen für Asylsuchende unter das hier geltende Existenzminimum scharf verurteilt und festgestellt, dass dies, unabhängig davon, ob die Menschen hier bleiben dürfen oder nicht, gegen die Verfassung verstößt. „Die im ... Grundgesetz garantierte Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren“ heißt es in dem Urteil. Dass Unterstützungsleistungen nun unter bestimmten Umständen ganz gestrichen werden ist eine neue Qualität. Sie bedeutet nichts anderes, als dass die Menschenwürde doch nicht unantastbar ist. Das Ganze erinnert an Seehofers Aschermittwochsrede 2011, als er hetzte, er werde

Lesen Sie weiter auf Seite 6 ►



700 Menschen demonstrierten am 30. Juni vor dem italienischen Generalkonsulat in der Bogenhauser Möhlstraße gegen die Festnahme der tapferen Schiffskapitänin Carola Rackete, die mit 40 geretteten Flüchtlingen an Bord trotz Anlegeverbots die Sea-Watch 3 in den Hafen von Lampedusa steuerte. „Die Frage, ob man Menschen rettet, ist doch keine politisch-strategische. Menschenrechte gelten überall. Auch auf dem Mittelmeer“, sagte die Grünen-OB-Kandidatin Katrin Habenschaden. Doch mit dem Finger nur nach Italien, nur auf Salvini zu zeigen, sei zu einfach. „Natürlich ist Salvini das Allerletzte“, sagte Habenschaden. „Aber was hier passiert, ist auch Ausfluss der deutschen Bundespolitik.“ Wo sie recht hat, hat sie recht. Wir werden sie hoffentlich nicht daran erinnern müssen.

Konsequenterweise haben Grüne und Linke dann gemeinsam einen Antrag in den Münchner Stadtrat eingebracht: „Die Landeshauptstadt München erklärt sich zum sicheren Hafen für aus Seenot gerettete Geflüchtete und bietet der Bundesregierung an, die Geflüchteten von deutschen Seenotrettungsschiffen, darunter der Sea Watch 3, aufzunehmen.“

Damit würde sich München zu mittlerweile 66 deutschen Städten, darunter Berlin, Hamburg und Köln, gesellen. Selbst das beschauliche oberbayrische Grafing hat sich dieser Initiative angeschlossen: „Es ist eine unerträgliche Situation und wir müssen diesen Menschen helfen. Und wenn es nicht anders geht, wir als kleine Stadt, dann wollen wir hiermit ein Signal setzen“, erklärt Angelika Obermayr, die Bürgermeisterin der Stadt Grafing.

Man darf gespannt sein auf die Entscheidung. Noch Anfang des Jahres hatte sich die SPD-Fraktion dagegen ausgesprochen. Der Begriff sicherer Hafen suggeriere, dass Flüchtlinge in München in Sicherheit seien. Davon kann laut Anne Hübner, SPD-Stadträtin, aber nicht die Rede sein. „Wenn Geflüchtete aus einem sicheren Herkunftsland zu uns kommen, wissen wir ja, wie der Freistaat darauf reagiert.“ Wie wäre es denn, Frau Stadträtin, sich darum zu kümmern, dass es anders wird? ■RW

**AufDraht**

Herausgeber:

**DKP München und Gruppe KAZ**

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:  
Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München

Mail: Auf.Draht@gmx.de

www.betriebsaktiv.de

Druck: Eigendruck im Selbstverlag



► Fortsetzung von Seite 5

## Ein „Hau-ab“-Gesetz

bis zur „letzten Patrone“ dagegen kämpfen „dass wir eine Zuwanderung in die Sozialsysteme bekommen“ (Der Tagesspiegel, 10. März 2011).

### Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung – gestrichen

Was in Bayern aufgrund eines Gesetzes mit dem irreführenden Namen „Bayerisches Integrationsgesetz“ bereits Realität ist, soll nun auch im ganzen Bundesgebiet gelten. Ohne Gerichtsbeschluss soll die Polizei Flüchtlingsunterkünfte stürmen und durchsuchen können, um Menschen rauszuholen und abzuschicken - oft genug in Länder wie Afghanistan, in denen kriegsähnliche Zustände herrschen und Elend oder gar Tod drohen.

### Kriminalisierung von Unterstützern

Dieses Gesetz richtet sich nicht nur gegen unerwünschte Ausländer, sondern auch gegen jeden Beschäftigten in den entsprechenden Ämtern, für den Humanität oder Solidarität keine Fremdwörter sind. So werden „Informationen zum konkreten Ablauf einer Abschiebung“ als „Geheimnisse“ eingestuft. Wer also zukünftig in den Ämtern Abschiebetermine bekannt gibt, macht sich des „Geheimnisverrats“ schuldig, was mit Strafen bis zu fünf Jahren Haft geahndet werden kann. Flüchtlings-

hilfsorganisationen soll es so z.B. verunmöglicht werden, mit den Asylsuchenden gegebenenfalls rechtzeitig Rechtsmittel gegen Abschiebungen einzulegen. Eine demokratische Kontrolle gegen Fehlentscheidungen oder schlechte Willkür durch die Ämter ist ebenso unerwünscht, wie Kundgebungen gegen Sammelabschiebungen – ganz im Sinne der Hetze von CSU und AfD gegen eine angebliche „Anti-Abschiebe-Industrie“.

### Dambruch

Dieses Gesetz verstößt nicht nur gegen EU-Recht und Verfassung, es ist schlichtweg in Gesetzesform gegossene, rassistische Hetze mit dem Grundtenor „Ausländer raus“ und damit Wasser auf die Mühlen all der rassistischen und rechtsradikalen Hetzer.

Es ist ein Skandal, dass die SPD-Bundestagsfraktion bis auf acht Abgeordnete, diesem Gesetz zugestimmt hat. Sie rechtfertigt das damit, dass sie gleichzeitig ein Einwanderungsgesetz durchgesetzt habe. Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung könnten nun legal einwandern und hier bleiben, wenn sie in einer bestimmten Frist eine Arbeitsstelle gefunden haben. Doch diese Rechtfertigung ist nicht weniger skandalös, bedeutet sie doch nichts anderes als: Wer dem Kapital nutzt, darf kommen und bleiben, alle anderen werden entrechtet und ausgegrenzt. Mit demokratischem Recht hat das nichts mehr zu tun. ■gr



- Ich will die ~~Auf Draht~~ gerne regelmäßig bekommen – bitte schickt mir immer die neue Ausgabe!
- Ich will die DKP kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!
- Ich will die Gruppe KAZ kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!

Vorname und Name

Tel.:

Straße, Postleitzahl und Wohnort

eMail:

Bitte einsenden an: Auf Draht • c/o Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München

## Kann grüne Verkehrspolitik die Zukunft sein?

Grün - das ist Jutetasche statt Plastik, Glasflasche statt Einweg, Biobaumwolle statt Kinderarbeit. Grün ist bei den Wahlergebnissen vorne dabei und die Autokonzerne machen grüne Masterpläne.



Kretschmann hält seinen Dienstwagen für nicht besonders komfortabel, wie er dem Spiegel anvertraute: „Ich hocke da wie eine Sardine in der Büchse.“ Zufrieden ist er dagegen mit der Leistung: „Man kann auch mit ihm überholen.“ Freie Fahr für Grüne.

Sie stehen ja vor allem am Pranger mit ihren CO<sub>2</sub>-Schleudern. Als Feind der Autokonzerne wohl unverdächtig ist der ADAC. Doch der größte Mitgliederverein der BRD macht öffentlich, dass 61 Prozent der Treibhausgase aus dem Verkehr von PKW verursacht werden, 35 Prozent steuern LKW bei. Wir werden sehen, dass der ADAC mit solchen Bekanntgaben ohne weiteres auf der grünen Welle schwimmt, die durchs Land rauscht. (Motorwelt, 5/19)

Dass der Obergrüne Kretschmer, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, einen großvolumigen Daimler Diesel Bluetec fährt, dass Sunnyboy Habeck, nunmehr Chef der Grünen, als Umweltminister in Schleswig-Holstein einen BMW 740e Hybrid fuhr, kann nachdenklich machen. Aber das sind bzw. waren ja Dienstaautos.

Nachdenklich sollte auch machen, dass bei dem derzeitigen grünen Hype 30 Jahre grüne Politik vergessen sind: Die Grünen sind seit der Bombardierung von Belgrad 1999 Kriegspartei. Und Krieg ist der denkbar größte Umweltzerstörer! In der rot-grünen Landesregierung 2016 in

Nordrhein-Westfalen sind sie Befürworter des Braunkohleabbaus.

Während sich junge, widerständige Menschen am Hambacher Forst für die Schließung des Braunkohle-Tagebaus verprügeln lassen, sind die Grünen obenauf mit der Stimmung für Klimaschutz. Da ist es interessant, was die Grünen zum Klimakiller Automobil zu sagen haben.

Bei ihnen steht die Elektromobilität an erster Stelle. „Emissionsfreie Mobilität ... umweltfreundliche Autos ... der Ladeplatz um die Ecke ... gute Zukunft für die deutsche Autoindustrie ...“, das sind die Spiegelstriche, die man unter dem Stichwort „grüne Verkehrspolitik“ findet. ([www.gruene.de/themen/sauber-autofahren](http://www.gruene.de/themen/sauber-autofahren))

Dann erst kommen Forderungen nach Verbesserung des ÖPNV, die Radler sollen auch mehr Wege bekommen. Jüngst forderte Habeck den VW-Konzern auf, „erschwingliche“ E-Mobile zu bauen, wobei er so an 20.000 Euro denkt. (An der Stelle kann man feststellen, dass sich Habeck und ADAC im Vorantreiben der E-Mobilität ziemlich einig sind.) Der

Konzern gab hämisch zurück, erst werde man große Modelle elektrisch fahren lassen, ähnlich will auch BMW und Daimler vorgehen. Also die sch... SUVs.

Ein grünes Programm also, das sich bei den Autokonzernen anschmiert, aber die Profite nicht antastet. Es ist vielmehr so, dass diese E-Mobilität auf Kosten der Beschäftigten und des Volkes angestrebt wird. Bekannt ist, dass bei der Herstellung der Elektrokarren etwa 60 bis 70 Prozent der Aggregate wegfallen. Was im Kapitalismus Arbeitslosigkeit für Zigtausende bedeutet. Hunderte Millionen aus der Staatskasse werden bereitgestellt für den Ausbau des Netzes an Ladesäulen. Damit die Audi eTrons ihre 2,5 Tonnen über die Autobahn wuchten können, um dann elektrisch im Stau zu stehen. Der Staat wird auch hergezogen bei der Subvention einer nationalen Batterieherstellung – darin liegen 70 Prozent der Wertschöpfung.

Die Grünen sind angekommen im Kapitalismus. Von ihnen ist nicht zu erwarten,

Lesen Sie weiter auf Seite 8 ►

Wie umweltfreundlich ist das E-Auto? „Emissionsfrei“ ist eine Halbwahrheit. Die Produktion schlägt negativ zu Buche, vor allem die der Batterie (eigentlich ein Akku). Beim vorhandenen Strommix wird der CO<sub>2</sub>-Anteil erst ab 50.000 bis 100.000 km ausgeglichen. (Motorwelt 6/19) Der Strom aus der Steckdose muss auch woher kommen. Emissionsfrei? Engpässe werden schon jetzt erwartet bei der Lieferung von Lithium, Kobalt, Nickel, Kupfer - alles Stoffe, die für Akkumulatoren und Elektromotoren gebraucht werden. Dazu kommen die sog. Seltenen Erden, die für die hochleistungsfähigen E-Motoren nötig sind. Besorgt schreibt der ADAC: „Zudem müssen Umwelt- und Sozialprobleme in Förderländern gelöst werden. Stichwort Kinderarbeit.“ (Motorwelt 6/19)

► Fortsetzung von Seite 7

## Kann grüne Verkehrspolitik die Zukunft sein?

dass sie die Hauptverantwortlichen für die Klimakacke bedrängen, all die Daimler, VW, BMW, RWE oder Bayer.

Das E-Mobil löst die Klimakrise nicht, nicht den Stau in den Städten. Es rettet eine Zeitlang den Profit. Dabei wären alle technischen Möglichkeiten vorhanden, umweltfreundliche, automatisierte Massenverkehrsmittel zu produzieren und das ganze Land damit zu vernetzen. Eine radikale Arbeitszeitverkürzung wäre möglich, weil die Arbeitskraft und Ressourcen ver-

zehrende Produktion von Blechschüsseln für den Individualverkehr entfielen.

Solange die Konzerne das machen, was ihnen Profit bringt, wird sich an der Ausbeutung der Natur und des Menschen nichts ändern.

Andere Lösungen sucht eine rebellische Bewegung der Jugend, die Schülerinnen und Schüler von Friday-for-Future. Greta Thunberg, die bekannteste Aktivistin: „Wir können die Krise nicht lösen, wenn wir sie als solche nicht behandeln. Wenn

Lösungen innerhalb dieses Systems so schwer zu finden sind, dann sollten wir das System ändern!“

Trotz dieser Äußerungen wird sie umarmt von SPD bis CDU. Von ihrem medialen Erfolg zehren auch die Grünen. Denn Greta lässt noch offen, wie sie und ihre Mitkämpfenden das System ändern wollen. Sie gehen während der Schulzeit auf die Straße, sie nehmen Schwierigkeiten auf sich. Tipp unter Freunden: Um das System zu ändern - und da mögen unsere Vorstellungen noch auseinanderliegen - müssen die Eigentumsverhältnisse geändert werden! ■ *krr*

"Ich habe ja bis heute noch keinen Burger gegessen, viele Döner, aber noch keinen Burger. Irgendwo muss eine Grenze sein." Der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck zieht Grenzen. Aber nur beim Essen: Vor wenigen Wochen warb er für eine »erweiterte Toleranz in Richtung rechts«, 2002 forderte er, die deutsche Öffentlichkeit müsse endlich für Auslandseinsätze der Bundeswehr bereit sein.



Mit einer **Protestaktion vor dem Schwabinger Krankenhaus** haben Unterstützer des Volksbegehrens „Stoppt den Pflegenotstand in Bayerns Krankenhäusern“ am 6. Juni für eine bessere Personalausstattung in den Kliniken demonstriert. Die Kritik richtete sich dabei vor allem gegen Bundesgesundheitsminister Spahn und seine völlig unzureichenden Personaluntergrenzen.

**Die Schweiz trägt lila.** Als brav und bieder gelten die Schweizer und insbesondere die Schweizerinnen, glaubt man den Meinungsmachern hierzulande. Weit gefehlt. Im Juni beteiligte sich eine halbe Million am landesweiten Frauenstreik: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit forderten die Kolleginnen und machten Druck durch verlängerte Mittagspausen und mehrstündigen Arbeitsniederlegungen. Umgerechnet auf die Einwohnerzahl Deutschlands wären das fünf Millionen Frauen. Tja, von wegen brav und bieder, die Schweizerinnen.

